

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

B/XXL/1966

Bonn, den .. September 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeiler</u>
1 - 2	<u>Demontage des sozialen Wohnungsbaues</u>	81

Harte Zahlen zeigen die Realität

Von Hedwig Keermann, MdB

3 - 4	<u>Alte Freunde</u>	91
-------	---------------------	----

Wie de Gaulle seinen "Friedensappell von Kambodscha"  
diplomatisch vorbereitet hat

Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

5	<u>Mitteldeutscher Alltag</u>	42
---	-------------------------------	----

Die Entwicklung des Krankenstandes in der Zone  
Auch Pankow muß erkennen - Krankheit läßt sich nicht "einplanen"

6	<u>Wie Spanien den Kommunisten hilft</u>	48
---	--	----

Verhinderte Reformen bedeuten KP-Infiltration

Von unseren FD-1-Korrespondenten in Madrid

+ + +

## Demontage des sozialen Wohnungsbaues

Harte Zahlen zeigen die Realität

Von Hedwig Meermann, MdB

Offenbar hat man sich im Bundeswohnungsbauministerium in den letzten Jahren daran gewöhnt, daß gesetzliche Festlegungen nicht beachtet werden. Es herrscht dann schon "Zufriedenheit", wenn von den ursprünglichen Ansätzen noch etwas Übrig bleibt. So konnte man in der deutschen Presse - z.B. auch in der FAZ vom 30. 8. 1966 - lesen: "Im Wohnungsbauministerium ist man mit dem Ergebnis der Etsberatungen zufrieden."

Festgelegt war im II. Wohnungsbauänderungsgesetz, daß der Bund vom Rechnungsjahr 1965 an jährlich 210 Millionen DM für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellt. Dafür hatten CDU und FDP in Juni 1965 - also vor der Bundestagswahl! - gestimmt. Die gleichen Parteien beschlossen einige Monate später, den gesetzlich festgelegten Betrag schon für 1965 um 70 Millionen DM zu kürzen. Für 1966 wurden dem sozialen Wohnungsbau dann gleich 202 Millionen DM entzogen. Und nun zeigt das Bundeswohnungsbauministerium "Zufriedenheit", weil das Bundeskabinett beschlossen hat, wiederum 60 Millionen DM zu streichen.

Man könnte fast glauben, daß die 210 Millionen DM nur zum Spaß im Gesetz stehen; denn daß sie auch einmal ausgezahlt werden könnten, darüber hat die Bundesregierung noch nie etwas verlauten lassen und die sie tragenden Parteien haben sie auch nicht dazu aufgefordert.

Den Wohnungssuchenden mit kleinem Einkommen wird bei dieser Art von "Politik" sicher nicht wohl sein. Jede weitere Kürzung der Mittel bedeutet einen weiteren Rückgang des sozialen Wohnungsbaus, der sich ohnedies auf dem Krebseisgang befindet. Schon 1965 war die Zahl der geförderten Sozialwohnungen gegenüber 1964 von 260 300 auf 209 300, also um rund ein Fünftel, gefallen. Für 1966 konnte auch schon vor den jetzt im Bundeskabinett beschlossenen Kürzungen ein weiterer empfindlicher Rückgang ausgerechnet werden. Sollte die Mehrheit des Bundestages diesen Kürzungen zustimmen, so wird sich im Jahre 1967 das ganze Ausmaß der Demontage des sozialen Wohnungsbaues zeigen. Denn damit, daß Länder und Gemeinden die entstandenen Finanzlücken ausfüllen können, ist nicht zu rechnen; sie müssen ebenfalls den Riemen enger schnallen.

Ein Hinweis auf den freifinanzierten Wohnungsbau bringt den Wohnungssuchenden Bürger nur wenig Trost. Zwar hat sich der erwartete Anstieg der Bau- und Baulandpreise ein wenig verlangsamt. Dafür sind aber die Finanzierungskosten um so höher geworden. Die

fektiv-Hypothekenzinsen von 9 und 9,5 Prozent aufzubringen, ist der wohlhabende Baulustige vielleicht noch bereit, wenn es sich um sein eigenes Heim handelt. Mietwohnungen mit so hohen Belastungen zu bauen, verbietet jedoch das einfachste Rentabilitätsdenken.

- \* In welchem Maße die Bausparkassen auch künftig dazu beitragen können, den Wohnungsbau zu finanzieren, wird weitgehend davon abhängen, welche Änderungen im Sparprämiensystem erfolgen.
- \* Angekündigt hat sie die Bundesregierung häufig genug während der letzten Jahre. Es sieht so aus, als ob wir nun in Kürze erfahren würden, was der kreißende Berg diesmal gebärt. Eines wissen wir aber schon heute mit Sicherheit: Wenn das Bundeskabinett eine Änderung der Bausparbedingungen beschließt, kann es sich nur um eine Verschlechterung handeln.

Schließlich wird auch noch von einer 4- bis 6-prozentigen Verzinsung der Darlehen im sozialen Wohnungsbau geredet. So muß auch die optimistischste Vorausschau davon ausgehen, daß sowohl der soziale Wohnungsbau als auch der freifinanzierte Wohnungsbau in der Zahl reduziert und in den Belastungen und Mieten empfindlich steigen werden. Damit wird auch die Wirksamkeit des Wohngeldes eingeschränkt. Während es bei mittleren Mieten und Belastungen eine spürbare Entlastung sein kann, hilft es bei hohen Mieten und Belastungen nur wenig, da seine Obergrenzen wesentlich unter den im freifinanzierten Neubau üblichen Mieten liegen.

Nun hat das Bundeskabinett auch noch beschlossen, den Eigenanteil der zu tragenden Miete oder Belastung um jeweils ein Prozent des Einkommens heraufzusetzen. Ein Prozent hört sich harmlos an. Es kann sich aber je nach Familiengröße und Einkommen sehr empfindlich auswirken.

- \* Besonders betroffen würden wieder einmal die Rentner-Haushalte und die kinderreichen Familien. So würde zum Beispiel ein Ehepaar mit fünf Kindern und einem bereinigten Familieneinkommen von 920,- DM monatlich künftig im günstigsten Falle erst einmal 165,60 DM Miete selbst bezahlen müssen, bevor es Anspruch auf Wohngeld erheben kann. Bisher waren es 156,40 DM.

Es gibt gewisse Menschen, die eine Minderung ihres Monateinkommens um 9,23 DM gelassen hinnehmen können. Die Mutter, die jeden Tag sieben Kinder zu stopfen hat, gehört sicher nicht dazu. Weit davon entfernt, damit zufrieden zu sein, wird sie - und nicht nur sie allein - mit Bitterkeit feststellen, daß das Streichquintett, das den Bundeshaushalt zusammenstrich, hier in die falschen Seiten gegriffen hat.

### Alte Freunde

Wie de Gaulle seinen "Friedensappell von Kambodscha"  
diplomatisch vorbereitet hat

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer

De Gaulles Aufforderung an die USA zum Rückzug ihrer Truppen aus Südvietnam wird ohne Zweifel in ganz Asien, aber auch in der neutralen Welt, sowie in vielen westlichen Staaten neue Sympathien für Frankreich zur Folge haben. Ob der Appell de Gaulles allerdings ein praktisches Ergebnis haben wird, ist nicht vorauszusehen. Trotzdem ist es interessant zu wissen, wie de Gaulle seine in Kambodscha an die Amerikaner gerichtete Aufforderung diplomatisch vorbereitet hat.

Der Herr des Elysee stand seit Monaten mit dem nordvietnamesischen Präsidenten in Verbindung und dieser entsandte einen seiner besten Diplomaten, Nguyen Thuong, nach Kambodscha zu Kulissengesprächen mit dem französischen Präsidenten. Das war die direkte Fortsetzung der Gespräche, die de Gaulles Sonderbotschafter Jean Sainteny in Hanoi im Juli dieses Jahres führte. Er wurde von Ho Tschí Minh freundlichst empfangen und informiert.

### Mission in Hanoi

Sainteny kam 1907 in der Nähe von Paris als Sohn des Rechtsanwaltes Louis Roger zur Welt. Den Namen Sainteny trug er während der Widerstandszeit und behielt ihn auch nach dem Krieg. Gleich nach Kriegsende war er de Gaulles "Commissaire" in Tonkin und Nordannam. Nach Beendigung des Indochinakrieges wurde er 1954 Frankreichs "Général-attaché" (Botschafter) in Nordvietnam. Sainteny gilt in Paris als einer der besten offiziellen Kenner vietnamesischer Zustände.

Im Sommer dieses Jahres wurde er nun von de Gaulle beauftragt, Hanoi den offiziellen Standpunkt Frankreichs begreiflich zu machen: Paris befürchtet den Ausbruch eines Dritten Weltkrieges, wenn es nicht in der nächsten Zeit zu einer friedlichen Regelung des Vietnamkrieges kommen sollte.

### Frankreichs "Neutralität"

Frankreich versucht seit längerer Zeit, im südostasiatischen Konflikt zu vermitteln, jedoch in anderer Richtung und mit anderen Mitteln als Großbritannien, Jugoslawien oder Indien. Frankreich ist "neutral" zwischen Washington und Peking, aber mit deutlicher Sympathie für Hanoi und die PNL (Vietcong) und ausgesprochener Spitzo gegen die ausländische "imperialistische" Besatzungsmacht (USA), die übrigens gerade diesen Sommer in Frankreich des Landes verwiesen wurde. Ho Tschí Minh nahm Saintenys Botschaft freundlich zur Kenntnis und verwies auf die zunehmende "escalation" auf beiden Seiten: amerikanische Bombenangriffe und zunehmender chinesisch-sowjetischer Einsatz. De Gaulle hat in Nordvietnam, wie übrigens in sämtlichen kommunistischen Staaten, von Belgrad via Moskau bis Peking, eine gute Presse. Seine Intervention bei Ho Tschí Minh scheint aber zu spät zu kommen, sie wird von den Kriegseignissen überrollt.

### Saintenys Bericht

So konnte Saintenys dem Elysee nur ein positives Ergebnis präsentieren, das hier auf das Konto französischer Vorgesprache gebücht wird: die amerikanischen Piloten werden nicht erschossen, sie werden vorläufig auch nicht vor Gericht gestellt. Interessant ist nun Saintenys öffentlicher Kommentar zu der in Hanoi vorherrschenden "Stimmung": Nordvietnam werde sich trotz Bombenangriffen niemals ergeben. Aus Saintenys Bericht klang weniger der Ton des kühlen Diplomaten, als vielmehr die Begeisterung des früheren Widerstandskämpfers, der ja auch als solcher in Hanoi besonders herzlich begrüßt wurde.

### Ho Tschü Minhs Rolle

In diesem Zusammenhang muß man an die politische Vergangenheit Ho Tschü Minhs erinnern, der mit seinem wirklichen Namen Nguyen Ai Quoc heißt. Er lebte seit 1919 in Frankreich und nahm 1920 als aktiver Kommunist am Spaltungsparteitag in Tours teil. 1923 fuhr er als Delegierter der KPP nach Moskau zum Kongreß der kommunistischen "Bauerninternationalen", 1925 begab er sich im Auftrag des Kreml nach Kanton und organisierte dann die Kommunistische Partei Indochinas.

Nach dem Zusammenbruch Frankreichs 1940 geriet Indochina unter japanischen Einfluß. Die indochinesischen Kommunisten kämpften unter der Führung Ho Tschü Minhs in der antijapanischen Widerstandsbewegung, also Schulter an Schulter mit den Gaullisten gegen den "japanischen und französischen (Vichy) Faschismus".

Die 1945 von Ho Tschü Minh proklamierte "Vietnamesische Demokratische Republik" hatte zunächst, der damaligen Moskauer Praxis entsprechend, noch keinen kommunistischen Anstrich. Ho Tschü Minh wurde 1946, als noch kommunistische Minister in de Gaulles Regierung saßen, in Paris feierlich empfangen und stellte sich auf den Boden der "Französischen Union", der damaligen Form des Kolonialreiches. Französische und indochinesische Kommunisten betätigten sich noch als "französische Patrioten".

### Astiers Interview

Als Frankreich den Indochinakrieg "bis zum bitteren Ende" führte und verlor, war de Gaulle bekanntlich im "inneren Exil". Die "alten Freundschaften" aus der gemeinsamen französisch-indochinesischen Widerstandszeit sind daher zum Teil noch oder wieder in Kraft. Ein wichtiges Glied in dieser Kette ist der frühere Kryptokommunist und Chefredakteur der "progressivistischen" Pariser Tageszeitung "Liberation" Emmanuel d'Astier de la Vigerie, derzeit aktiver "Linksgaullist". Er gab kürzlich im französischen Rundfunk und Fernsehen sensationelle Erklärungen ab. "Mein Freund Ho Tschü Minh" - so sagte Astier - sei so verräuflich, die gefangenen amerikanischen Piloten in Nordvietnam nicht an die Wand zu stellen, sondern vielmehr an wichtigen strategischen Punkten einzusetzen, um den amerikanischen Bombenfliegern entsprechende Schwierigkeiten zu bereiten. Wenn man weiß, wie sehr Rundfunk und Fernsehen in Frankreich gegenwärtig gelenkt sind, wird man Astiers Sendung nicht als Zufall betrachten. - Der Protest des amerikanischen Botschafters in Paris gegen diese Rundfunksendung wurde jedoch von der französischen Meinung, auch von einem Großteil der Opposition, als "taktlosigkeit" abgelehnt. Astier galt lange Jahre hindurch als Bindeglied zwischen Paris und Moskau. An der "publizistischen Front" fungiert er heute noch, parallel zu Saintenys, als einer der zahlreichen Verbindungsbrücker zwischen Paris und Hanoi.

### Mitteldeutscher Alltag

#### Die Entwicklung des Krankenstandes in der Zone

Die SED - Nach einem Situationsbericht im August mußte der ostzonalen FDGB zugeben, daß der Krankenstand 1965 im Vergleich zum Jahre 1964 von 5,20 Prozent auf 5,37 Prozent angestiegen ist. Damit ist seit 1961 zum ersten Mal wieder eine Steigerung des Krankenstandes in der Zone festgestellt worden. Nach weiteren Angaben des FDGB bedeutet dies, daß im Jahre 1965 gegenüber 1964 2,3 Millionen Arbeitsausfalltage mehr angefallen oder täglich 9 470 Beschäftigte mehr der Arbeit infolge Krankheit ferngeblieben sind als im vorgegangenen Jahr. "Eingeplant" war ein Krankenstand von 5,05 Prozent. Durch den höheren Krankenstand ist die für Krankengeld vorgesehene Plansumme um 41 Millionen Mark überzogen worden.

Diese Feststellungen des FDGB sind sehr interessant, weil sie vor allem deutlich machen, daß

- \* 1. es in jedem modernen Industriestaat - völlig unabhängig von seiner politischen Struktur - das Problem "Krankenstand" gibt,
- \* 2. daß allein mit politisch-ideologischer Erziehungsarbeit der Krankenstand auf die Dauer nicht beeinflusst werden kann.

Andererseits ist die geringfügige Erhöhung des ostzonalen Krankenstandes kein Alarmsignal, das auf eine allgemeine Verschlechterung des Gesundheitszustandes der mitteldeutschen Bevölkerung schließen läßt. In der Zone sind allgemein die gleichen Feststellungen zu treffen, die auch westliche Industriestaaten bei Untersuchungen des Krankenstandes der berufstätigen Bevölkerung treffen.

Die SED-Propaganda spricht von einem "überhöhten Krankenstand", kann aber auch nicht sagen, was eigentlich als "normaler Krankenstand" zu bezeichnen ist.

Auffällig ist die in den letzten Jahren ständig steigende Differenz zwischen dem Krankenstand der Frauen und Männer. Die Differenz betrug 1963: 0,19, 1964 bereits 0,30 und 1965 sogar 0,45 Prozent.

Stark beeinflusst wird der ostzonale Krankenstand durch einen hohen und ständig steigenden Anteil von Erkältungskrankheiten. Der Anteil der Erkältungskrankheiten betrug 1965: 33,9 Prozent (1964: 30,5 und 1963: 27,5 Prozent).

Während in den vergangenen Jahren die zentralgeleiteten Großbetriebe an der Spitze des Krankenstandes lagen, gibt es jetzt kaum Industriegruppen, die einen besonders hohen Krankenstand haben. Im Jahre 1965 lagen zwar die kreisgeleiteten Betriebe an der Spitze des Krankenstandes, zu den Industriebetrieben bestand jedoch kein nennenswerter Unterschied.

Es ist abzuwarten, welche Schlußfolgerungen nunmehr die SED ziehen wird. Vieles läßt jedoch darauf schließen, daß sie erkennt hat, daß mit Propaganda-Aktionen nichts erreicht werden kann.

## Wie Spanien den Kommunisten hilft

Verhinderte Reformen bedeuten KP-Infiltration

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Jene Kräfte innerhalb der Madrider Regierung, die im Gegensatz zu den "Liberalisierern" jede Änderung in der vertikalen Syndikatsorganisation ablehnen, erhielten jetzt die Rechnung für ihren Mangel an politischem Weitblick und Klugheit in Form einer handfesten kommunistischen Infiltration präsentiert. Gemäß dem Gesetz von Ursache und Wirkung vollzog sich eine Entwicklung, die bei einer rechtzeitigen Änderung der offiziellen Haltung gegenüber der Gewerkschaftsfrage nach dem Urteil sachkundiger Beobachter zweifellos zu vermeiden gewesen wäre. Reformen, die auf halbem Wege steckenbleiben, sind eben keine Reformen, sondern nur eine gefährliche Hinhaltenaktik, rückschrittliches Zaudern und Zögern, wie es etwa in Bonn seit Kanzler Erhard politischer Stil geworden zu sein scheint. Die Mächte der Restauration, noch immer in verstaubten Bürgerkriegsdenken verhaftet, sind wie die extrem Rechte auf der ganzen Welt die idealen Wegbereiter für den Kommunismus.

In einer halbamtlichen Verlautbarung mußte das offizielle Madrid einräumen, daß die in der baskischen Provinz Guipuzcoa (San Sebastian) aufgedeckte "kommunistische Verschwörung" erfolgreich gewesen war: Obwohl die von spanischen Kommunisten herausgegebene hektographierte Monatschrift "Unidad y Lucha" (Einheit und Kampf) als "Organ der Gewerkschaftsopposition von Guipuzcoa" in "beschränkter Auflage erschien, war sie weit verbreitet", hieß es in dieser Darstellung, die aus Anlaß der Verhaftung von fünf in den Syndikaten tätigen Kommunisten herausgegeben wurde. Die Kommunisten hätten aktiv bei verschiedenen Kampagnen gegen die Vertikalsyndikate mitgewirkt und vor allem eine Einheitsfront mit den Arbeiterbrüderschaften der Katholischen Aktion (KAO), der christdemokratischen Gewerkschaftsopposition und der baskischen Nationalistengruppe ETA zu bilden. Abwegig erscheint allerdings die Behauptung, die von den "Arbeiterkommissionen" organisierten Streiks seien politischer und subversiver Natur gewesen. Wenn dem auch so wäre, so hätte die beste Vorbeugungsmaßnahme in echten Konzessionen an die Arbeiter bestanden, die diese Gewerkschaften nach westeuropäischem Vorbild wünschen und die Vertikalsyndikate als Überbleibsel der dreißiger Jahre ablehnen. Zuweilen wird auch der Verdacht laut, ob die Verhaftungen, die mit dem Beginn der gegenwärtigen Syndikatswahlen zeitlich zusammenfielen, nicht auch andere Hintergründe gehabt habe.

Wie dem auch sei - die beste Waffe gegen kommunistische Infiltration ist nicht die Polizei, sondern die Bildung freier Gewerkschaften und die Neuformierung einer Gesellschaft, die in ihrem Weltbild noch in den Zeiten des Absolutismus stecken geblieben ist, in den Zeiten vor der Französischen Revolution von 1789. Diese Erkenntnis ist vielen maßgeblichen Politikern Spaniens nicht fremd - doch es ist das Gesetz der Trägheit, das diese Erkenntnisse in der Schublade festhält, anstatt sie zu einer politischen Waffe zu schmieden, die als einzige ein Vorbringen des Kommunismus eindämmen kann. Es dürfte nicht wenige Spanier geben, die nur deswegen den Einflüsterungen kommunistischer Agitatoren Gehör schenken, weil sie der polizeilichen Einnischung in die eigengesetzliche Welt der Arbeit überdrüssig sind. Die Fehler von gestern und heute rächen sich morgen.